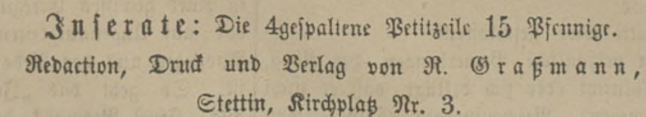
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 15. Oktober 1878. Nr. 482.

Deutscher Reichstag.

12. Plenarsitzung vom 14. Oktober.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Graf zu Eulenburg, Abeken.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Sozialistengesetzes.

Die Berathung wird bei § 6 fortgesetzt. Derselbe lautet:

„Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt."

Hierzu beantragte Abg. Ackermann und Gen.: a. im Absatz 1 einzuschalten hinter den Worten: „öffentlichen Frieden" die Worte: „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen"; b. im Absatz 2 zu streichen die Worte: „sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt".

Abg. Richter (Hagen) gegen das Gesetz. Der § 6 ist der am meisten charakteristische für die Natur des Gesetzes und es ist daher nur natürlich, wenn die einzelnen Redner sich auf eine weitgehende Erörterung desselben eingelassen. Es liegt zu demselben ein Amendement vor, welches bestimmt ist, über den Kommissionsentwurf hinaus das Gesetz zu verschärfen. Wenn dasselbe angenommen wird, dann ist der Reichstag nicht einmal vor dem Vorwurf geschützt, daß dem Gesetze rückwirkende Kraft beigelegt werden soll. Damit würde die Behauptung wegfallen, daß das Gesetz nicht gegen bestimmte Personen, gegen bestimmte Preßerzeugnisse gerichtet ist Ich hoffe nicht, daß dieses Amendement angenommen wird, denn der Gesetzentwurf ist schon so von der einschneidendsten Bedeutung. Der Herr Reichskanzler sei sichtlich bemüht, alle Erscheinungen, die im Leben hervortreten, mit den Gesetzen in Uebereinstimmung zu bringen. Er kommt dabei dahin, daß er an den Gesetzen, die er selbst erlassen hat, irre wird und vorschlägt, dieselben nach einigen Jahren wieder abzuändern. Das ist die negative Thätigkeit des Herrn Reichskanzlers. Derselbe hätte also am allerwenigsten Ursache, irgend einer Partei eine Negative vorzuwerfen Auch was die Kritik betrifft, so nimmt der Herr Reichskanzler auch in dieser Beziehung den ersten Platz ein. Fürst Bismarck kritisirt nicht blos Richtersprüche, sondern auch die Verwaltungsbehörde, ja unter Umständen auch seine eigenen Kollegen am Ministertische. (Sehr richtig!) Gerade die Fortschrittspartei ist bemüht, die Gesetze zu erhalten. Die Fortschrittspartei könnte man eigentlich die alte Bismarck-Partei nennen. Der Reichskanzler hat die Fortschrittspartei in die Stellung einer konservativen Partei gedrängt und sie könnte leicht auf den Gedanken kommen, sich von nun ab die „altkonservative Partei" zu nennen. (Heiterkeit.) Redner wendet sich hierauf gegen jene Bemerkungen des Reichskanzlers, die sich gegen die Unzufriedenheit der Deutschen richteten. Man erlebe gegenwärtig, daß plötzlich die Franzosen uns als Muster aufgestellt werden. Das habe Herr Löwe, Herr Bamberger und wiederholt der Herr Reichskanzler in ausführlicher Weise gethan. Er (Redner) halte sich für verpflichtet, diesen gegen das strebsame deutsche Bürgerthum erhobenen Angriff als unbegründet zurückzuweisen. Was die Erregung von Klassenhaß anlange, so habe Ferdinand Lassalle auf diesem Gebiete das Meiste geleistet. Was seine Epigonen auf demselben leisten, sei Stümperei. Aber merkwürdig, in demselben Augenblicke, wo die Staatsanwaltschaft Ferdinand Lassalle wegen seiner Brandreden und Brandschriften verfolgt, habe sich derselbe der ganz besonderen Aufmerksamkeit des Fürsten Bismarck zu erfreuen gehabt. Er wurde von dem ersten Beamten des Staats empfangen und ausgezeichnet, er wurde außerordentlicher Audienzen gewürdigt. — Redner wendet sich sodann gegen einige Ausführungen des Abg. Windthorst, denen gegenüber er konstatiren wolle, daß der Kulturkampf, wo er praktische Bedeutung erlangt habe, den sozialdemokratischen Bestrebungen einen Damm entgegengesetzt habe. Das habe aber seinen Grund wohl darin, weil dieser Kampf eine solche Erregung in der Partei erzeugt habe, daß die sozialdemokratische Propaganda gar keine Wurzel habe schlagen können. Er erkenne an, daß der Glaube und die Religion zum Theil ein Schutzmittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie sein möge, aber er möchte doch davor warnen, diese Wirksamkeit zu sehr zu überschätzen Denken Sie doch an das fromme Wupperthal, in welchem Herr Hasselmann als Reichstagsabgeordneter gewählt worden ist. Die Hoffnung auf ein Jenseits kann auch Niemand von der Pflicht entbinden für ein besseres Diesseits nach Kräften zu arbeiten Wenn man also in weiten Volkskreisen von dem Gedanken erfüllt ist, die Sozialdemokratie sei bestrebt, die diesseitigen Verhältnisse zu verbessern, so wird man sich durch das Jenseits nicht abhalten lassen, die Sozialdemokratie in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Es kommt nur darauf an, die Leute über den Irrthum dieser Lehre aufzuklären, und das muß vor Allem in der Schule geschehen. Wir fürchten die Sozialdemokratie unter diesem Gesetz mehr, als wir sie bisher gefürchtet haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich meinerseits halte dieses Gesetz nur als ein Vorspiel, die eigentliche Entscheidung steht uns erst in der Frühjahrssession bevor. An der Geldfrage kommt es zur Entscheidung und der Appell an die Phalanx zielte weiter hinaus auf unsere wirthschaftliche Entwickelung. Bei den Steuerprojekten wird es sich zeigen, wer liberal und wer konservativ ist; dann wird Jeder vor die Frage gestellt werden, ob er sich nach der einen oder nach der anderen entscheiden will. Hoffen wir, daß alle Parteien gerüstet sind (Bravo.)

Abg. v. Kleist-Retzow: Ich will auf die eingehenden Auseinandersetzungen mit dem Reichskanzler und andern Parteien nicht eingehen, (Bravo!) aber das Eine muß ich dem Vorredner bestreiten, daß das Christenthum unwesentlich sei für die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Es giebt kein besseres Mittel gegen sie als den Glauben an den lebendigen Gott und an eine Vergeltung. Darin sind wir mit Herrn Richter aber einverstanden, daß der Staat nicht Alles allein kann, im Gegensatz aber zum Herrn Vorredner wollen wir hier (rechts) den Staat nicht nullifiziren lassen Und wir wollen dem Staate die Macht lassen, sowohl die Hunderte von Verführern des Volks von ihrer Bahn wo möglich abzulenken und andererseits aus Erbarmen mit den Vielen, die verführt sind, sie zu erretten aus ihrem falschen Wahn. Wie kann man da dieses Gesetz ein Klassengesetz nennen? Was unsere Amendements speziell zu § 6 angeht, so sage ich über deren ersten Theil kein Wort. Seine Annahme ist lediglich eine Konsequenz Ihrer Abstimmung zu § 1. Wichtig ist unser zweiter Antrag, der die sozialdemokratische Presse betrifft. Vereine und Versammlungen sind ja vorübergehende Anregungen der Agitation, während die Presse andauernd nachwirkt. Sie schürt den Haß, ist die in das Pulverfaß des Elends hineinleuchtende Brandfackel, um die leicht entzündbaren Arbeiterelemente darin zur Explosion zu bringen. Denken Sie an die neuliche Hasselmann'sche Rede! Hat er etwa uns zum Aufruhr erregen wollen? Die Rede galt doch blos der Presse, um in hunderttausenden von Exemplaren verbreitet zu werden und außerhalb des Hauses zu wirken. (Allseitige Zustimmung.) Wenn neulich Herr Windthorst der Schule den Hauptantheil zuwies am Erstarken der Sozialdemokratie, so finde auch ich in dem Streben nach konfessionslosen Schulen einen Hauptgrund und beklage, daß man an den schrecklichen Erfahrungen im Nachbarlande Holland kein Beispiel nimmt. Und nun bedenken Sie den Charakter der fraglichen Agitation! Vom Christenthum sagt der „Sozialdemokrat", als 1873 der Todestag Lassalle's mit dem unseres Herrn zusammenfällt:

„Und so rufen wir Sozialdemokraten als rechte Christen heute, daß es allen Betrügern und Aussagern in die Ohren schallt: Jesus von Nazareth ist todt, es lebe Lassalle!"

Vorher ist eine Parallele zwischen den beiden „Agitatoren" gezogen. Und die Breslauer „Wahrheit" schreibt in Nr. 292 von 1877:

„Das einzige Mittel ist eine tiefgehende und darum nachhaltige Revolution, wenn es sein muß, eine blutige, hervorrufen und ausgefochten werden vom Arbeiterstand."

Und einer Presse, die Solches schreibt, sollte dieses Gesetz nicht an den Leib dürfen? Sollten Fälle sich wiederholen wie der in Prenzlau, wo einem katholischen Pfarrer im Religionsunterricht ein 11-jähriger Junge erklärt: „Es giebt keinen Gott, das steht in der Wahrheit!?" Und es stellte sich heraus, daß eine ganze Reihe von Schülern täglich den Eltern dieses Blatt vorlesen muß. Ist es denn nicht Pflicht, die jugendlichen Seelen und die Schule vor dem Eindringen solchen Giftes zu schützen? (Lebhafter Beifall.) Wenn wir diese Presse bestehen lassen, so weisen wir geradezu die Leute an, die das Gesetz umgehen wollen, wie sie das machen sollen. Die Vereine sind dann geschlossen, dauern aber latent durch das Band der Presse fort. Nun sagt in der letzten Sitzung Herr von Hertling, es sei doch ein Gegensatz, wenn sozialdemokratische Blätter nicht erscheinen dürfen, andere Blätter aber Unsittlichkeiten und Antichristliches verbreiten dürfen, sobald es nicht sozialdemokratisch ist. Ja, das ist ja aber gerade das Charakteristische dieses Gesetzes, daß es eben seiner ganzen Tendenz nach nur auf sozialdemokratische Tendenzen gerichtet sein kann, die sich auf den Umsturz beziehen. Und dieses Gesetz ist durchaus nöthig, denn an eine Umkehr der Verführer ist nicht zu denken. Sagt doch der „Vorwärts" jetzt schon in Bezug auf die Gültigkeitsdauer des Gesetzes:

„Betrachten wir diese Zeit als einen Ruhepunkt in unserer Agitation; belehren wir inzwischen das Volk über andere Dinge, die in dem Drange der Agitation bisher übersehen sind. Man drängt uns zu anderen Dingen, ohne daß darum das eine Ziel unseren Augen entrückt würde."

Ich wende mich an das Centrum. Ich kann es ihm eigentlich kaum verdenken, wenn gerade diese Partei einen Widerwillen gegen Ausnahmegesetze hat. Aber es handelt sich hier um einen Kampf zwischen dem staatserhaltenden Prinzip und dem Materialismus und auf Seiten des letzteren kann doch das Centrum nicht stehen. Darin bin ich mit den Herren vom Centrum auch einverstanden, daß der Kulturkampf aufhören muß, auch darin liegt ein Mittel gegen die Sozialdemokratie. Aber dazu gehört für Sie (zum Centrum) zweierlei: Sie müssen zuerst verstehen, daß Sie doch nicht die Kirche, sondern nur ein Theil der Kirche sind, und daß nicht jedes Interesse des Theiles auch das Interesse des Ganzen sein muß. Und Sie müssen zweitens zugestehen, daß die bürgerliche Obrigkeit eine selbstständige, eigenthümliche Aufgabe hat, mit dem Recht sich ihrer Feinde zu erwehren. Ich kenne den Mißbrauch, der mit dem Namen „Feind" getrieben wird, es galten unter den römischen Kaisern die ersten Christen auch für Reichsfeinde (Abg. Windthorst: Gerade wie heute!) Aber es handelt sich hier um Feinde jeder Religion und jedes Staatslebens und darum darf sich das Centrum diesem Rufe der Regierung nach Mitteln der Abwehr nicht entziehen. Und nun ein Wort an die Nationalliberalen! Wir suchen ja das ewige Vaterland, aber so lange wir noch einen Fuß auf dieser Erde haben, müssen wir auch an diesem, dem irdischen Vaterlande festhalten und der Regierung die Mittel zu seinem Schutze geben. Ich freue mich, daß wir darin mit den Nationalliberalen in Gemeinschaft handeln. Ich hoffe, daß wir mit der Zeit auch über dieses eine Gesetz hinaus mit ihnen zu gehen Gelegenheit haben, — ich denke an die Revision der Gewerbeordnung, an das Wuchergesetz, an die wirthschaftlichen Fragen vielleicht auch an die obligatorische Civilehe (Aha!), das sind Aufgaben, die uns hoffentlich in Zukunft vereint handeln lassen. Für jetzt schließe ich, indem ich wieder zu § 6 zurückkehre, mit der Bitte: Nehmen Sie unseren Antrag an, lassen Sie den zweiten Absatz des § 6 fallen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte über § 6 wird mit geringer Majorität abgelehnt.

Abg. Windthorst: Die Rede des Abg. von Kleist-Retzow habe vieles ihm Sympathische enthalten, indessen wäre sie in der ersten Lesung besser am Platze gewesen. Die formulirte Erklärung der Centrumspartei bezüglich des Gesetzes sei erfolgt, um die politische Stellung derselben den mannigfachen Verdächtigungen der Presse gegenüber klar zu legen. Die Centrumspartei sei durch und durch konservativ. (Bewegung.) Diejenigen, die sich so nennen, hätten den Begriff des Wortes noch nie gelernt. (Widerspruch rechts, Heiterkeit.) So lange Sie (zu der Rechten) Konservatismus und Polizeiwirthschaft konfundiren, ist mit Ihnen nie ein Bund zu schließen! Nicht die Schule allein bedürfe der Reform, alle wirthschaftlichen und politischen Bestrebungen müßten reformirt werden, um im Kampfe gegen die Sozialdemokratie obzusiegen. Seine (des Redners) Partei habe sich deswegen gegen diese Regierung erklärt, weil sie zur Beendigung des unglückseligen Kulturkampfes noch keine ernste Unternehmung versucht; es sei der Regierung nicht ernst (Rufe: Ihnen nicht!) — uns vollständig! — mit der Beendigung dieses Kampfes, die einleitenden, übrigens in's tiefste Dunkel gehüllten Schritte hätten nur den Zweck, vorübergehende politische Vortheile zu erreichen. (Widerspruch und Zustimmung.) Die Aufhebung des Kulturkampfes hebe aber die übrigen politischen Ziele des Centrums nicht auf, die Erhaltung des föderativen Systems in Deutschland gegenüber der Erstrebung des Einheitsstaates, und die Erhaltung der bürgerlichen Freiheit als Palladium der Bevölkerung; die Polizeiwillkür wolle er nicht. Ebenso sei nur die volle Preßfreiheit geeignet, den Kampf der Geister zu einem segensreichen Ausgange zu bringen. Die heutige Regierung ist nicht konservativ. (Abg. Bebel: Sehr wahr! Heiterkeit.) Der Abg. von Bennigsen sagte in seiner Rede: Er glaube nicht, daß Fürst Bismarck jemals reaktionär werden könne in Staat und Kirche; ich sage: Wenn er nicht gründlich umkehrt und reaktionär wird in Staat und Kirche, so wird nie etwas Gesundes entstehen. (Widerspruch links.) Der § 6 bietet auch in der Kommissionsfassung keinerlei Sicherheit gegen die Willkür der Polizeibehörden; Herr von Kleist hat davon gewiß noch nicht viel zu leiden gehabt. (Heiterkeit.) Der Paragraph ist aber reformatorisch für die Presse, Sie (zur Rechten) wollen sie todtschlagen! Der von der Kommission dem Paragraphen angehängte Verwarnungszusatz ist ja eine Milderung, aber auch mit derselben taugt der ganze Paragraph nichts! Sie werden gut thun, diesen Zusatz anzunehmen, dann aber den ganzen Paragraphen abzulehnen! (Stürmische Heiterkeit.)

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Ich will zur Zeit nur gegen eine Aeußerung des Herrn Vorredners Protest erheben. Der Herr Vorredner hat gesagt, daß der § 6 sich gegen alle Preßerzeugnisse richte, nur nicht gegen die sozialdemokratischen. Das ist eine unerwiesene Unterstellung, die ich zurückweisen muß. Herr v. Kleist hat diesbezüglich ganz richtig bemerkt, daß, so lange deutsche Worte keinen Sinn haben, die Worte dieses Paragraphen nicht mißdeutet werden können. Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Paragraphen mit dem Amendement Ackermann (Einschaltung der Worte „insbesondere der Eintracht der Bevölkerungsklassen"), weil das dem Amendement entspricht, welches Sie zu § 1 angenommen haben; sehr dringend aber muß ich Sie bitten, die Schlußworte des § 6, Absatz 2 „sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt" zu streichen. Den Vorwurf, daß dieses Gesetz sonst rückwirkende Kraft haben würde, kann ich als solchen nicht anerkennen. Dieses Gesetz ist kein Strafgesetz, sondern ein Verwaltungsgesetz, und darum muß es in Konsequenz des § 1 eo ipso rückwirkende Kraft haben. Daß etwa Zeitungen ihre Tendenz nach Annahme dieses Gesetzes ändern, ist unglaublich; dieselben werden nur vorsichtiger schreiben und nach wie vor das Gift in die Bevölkerung tragen. Darauf aber können wir uns nicht einlassen, einen wochenlangen Kampf zu führen, um dasselbe zu überführen. Hier gilt es eine Präventivmaßregel gegen eine Gefahr, die Sie und ihre Wähler bedroht.

(Minister v. Kameke und Graf Stolberg sind in den Saal getreten. Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.)

Abg. Lasker befürwortet nachdrücklich die Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse. Es sei sehr wohl denkbar, daß Zeitungen ihre sozialdemokratische Tendenz ändern. Geschieht dies auch widerwillig und vielleicht unaufrichtig, so können wir doch mit dem Resultate zufrieden sein. Hier rückwirkende Kraft für das Gesetz verlangen, heißt nur, der Willkühr die Wege ebenen und Akte persönlicher Rachsucht zu ermöglichen.

Bundesbevollmächtigter Minister Graf zu Eulenburg wiederholt, daß die verbündeten Regierungen wesentlichen Werth auf die Streichung des in Rede stehenden Passus legen. Gesetzgeberische Bestimmungen dürfe man nicht treffen auf Grund so unwahrscheinlicher Voraussetzungen, wie der Tendenzänderung eines sozialdemokratischen Blattes.

Abg. Stelter (Königsberg) theilt seine Er-

fahrungen aus dem letzten Wahlkampfe mit und begründet damit die von den Konservativen gestellten Amendements.

Die Debatte wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Bamberger, Liebknecht (der sich beklagt, daß er nicht zu Worte gekommen), Reichensperger (Olpe), von Helldorf.

Nachdem Berichterstatter Abg. v. Schwarze den Standpunkt der Kommission vertheidigt, wird der Antrag der Konservativen zu Alinea I des § 6 (insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen zuzusetzen) — angenommen. Dann wird der Antrag der Konservativen auf Streichung der Worte: „sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt" — abgelehnt, die erste Verwarnung soll also bestehen bleiben. In Folge dieses Beschlusses stimmt die gesammte Rechte gegen den § 6, der, da Centrum und Fortschritt, sowie die übrigen Gruppen aus anderen Gründen ebenfalls gegen den Paragraphen stimmen, damit abgelehnt wird.

Der Präsident erklärt, daß in Folge dieses Beschlusses eine Debatte über die folgenden §§ 7, 8, 9 und 10 als gegenstandslos zu betrachten ist. Es sind dies die Ausführungs-Paragraphen zu § 6.)

Es folgt die Berathung über § 11, welcher lautet:

„Das Einsammeln von Beiträgen zur Förderung von sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge sind polizeilich zu verbieten. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen. Die Beschwerde findet nur an die Aufsichtsbehörde statt."

Abg. Dr. Moufang bekämpft die Bestimmungen dieses Paragraphen, durch welchen auch eine große Anzahl auf Besserung der Lage der Arbeiter gerichtete Bestrebungen durch Polizeiwillkühr illusorisch gemacht werden könnten. Man werde darnach die Bildung jedes Vereins zur Unterstützung der Arbeiter verhindern. Redner vertheidigt sodann den Gedanken der Staatshülfe für Produktiv-Associationen mit Hinweis auf jene Staatshülfe, welche unausgesetzt Eisenbahnen und ähnlichen Unternehmungen gewährt wird. Weiter weist Redner den Vorwurf zurück, daß er mit der Sozialdemokratie sympathisire. Er sei ein entschiedener Gegner derselben, werde sich bei der Abstimmung aber durch solche Angriffe nicht beeinflussen lassen.

Abg. Bebel wendet sich gegen die Bestimmungen des § 11, welcher verbietet, für einen Inhaftirten oder dessen Angehörige zu sammeln. Damit würde man die Zahl der Proletarier noch weiter vermehren.

Abg. Dernburg kommt nochmals auf das ultramontan-sozialdemokratische Wahlbündniß zurück. Er will alle möglichen Entschuldigungen gelten lassen und deshalb wie jene Jury sagen: „Nicht schuldig — aber thun Sie es nicht wieder!"

Abg. Prinz Radziwill und danach Abg. Windthorst-Meppen erörtern schließlich in akademischer Weise die aus dem Wesen des allgemeinen Wahlrechts resultirende Nothwendigkeit von Wahlbündnissen selbst der heterogensten Parteien. Das sei allen Parteien ohne Ausnahme schon begegnet.

Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Moufang vervollständigt seine Bemerkungen über das angebliche Bündniß der Katholiken und der Sozialdemokraten durch eine Erklärung der letzteren, in welcher ein solches selbst entschieden in Abrede gestellt wird.

Abg. Hasselmann erklärt, daß er persönlich gegen jedes Kompromiß mit anderen Parteien sei und seinen Einfluß auch in diesem Sinne aufgewendet habe, denn er betrachte alle übrigen Parteien als eine gemeinsame reaktionäre Masse. (Heiterkeit.)

Abg. Liebknecht erklärt, daß auch nicht eine Spur von einem Kompromiß zwischen der genannten Partei vorhanden sei. Aber von anderer Seite, namentlich von der des Herrn Dernburg, seien Versuche gemacht, die sozialdemokratischen Stimmen für sich zu gewinnen. Er könnte Beweise darüber beschaffen. In der Starkenburger Provinzial-Zeitung seien auch die Schriftstücke darüber veröffentlicht worden. Herr Dernburg selbst sei dagegen größtentheils nur durch Katholiken gewählt worden.

§ 11 wird hierauf unverändert genehmigt.

§ 12 wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Bruel ebenfalls angenommen.

Bei § 13, der die Hergabe von Lokalitäten zur Abhaltung verbotener Vereine, deren Versammlungen mit Gefängnißstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre bedroht, macht Abg. Bebel auf den Mißbrauch aufmerksam, der durch diese Bestimmung geübt werden könne. Namentlich verweist er auf den bekannten Fall mit dem Arbeiterbildungsverein, wie er hier in Berlin sich noch vor Kurzem abgespielt, hin, um diesen Mißbrauch an einem Beispiele zu demonstriren.

Der § 13 wird angenommen; § 14 fällt in Folge des Beschlusses zu § 6 fort.

Die §§ 15 und 15a werden mit geringen Aenderungen angenommen.

Die Diskussion wird hierauf vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Deutschland.

** **Berlin**, 14. Oktober. Die französische Presse hat über die Aeußerungen des Fürsten Bismarck in Betreff des Abgeordneten Sonnemann sich in einer gewissen Erregung befunden, welche offenbar auf Ungenauigkeiten des ersten telegraphischen Auszuges aus der Rede des Kanzlers zurückzuführen ist. So geht das „Journal des Débats" davon aus, Fürst Bismarck habe behauptet, daß die Organe der jetzigen französischen Regierung über das Sozialistengesetz sich ungefähr so äußern, wie die „Frankf. Ztg.", und bemerkt dann, Fürst Bismarck könne doch nicht Blätter, wie „La Marseillaise", „La Lanterne", „Père Duchesne" für Organe der französischen Regierung ansehen. Dieser Hinweis auf diejenigen französischen Blätter, in denen die Ansichten des Herrn Sonnemann zum Ausdruck gelangen, ist für den Letzteren gerade kein Kompliment. Was aber den Fürsten Bismarck betrifft, so ist ihm nicht eingefallen, jene radikalen Blätter als Organe der französischen Regierung zu bezeichnen. Bei der genaueren Lektüre der Rede des Kanzlers wird die französische Presse finden, daß Fürst Bismarck bei seinen Andeutungen über die französischen Verbindungen der „Frankf. Ztg." wohl die Zeit seit dem Antritt des jetzigen Ministeriums am wenigsten im Sinne gehabt hat.

Der österreichische Patriotische Hülfsverein hat unterm 10. d. Mts. dem Vorstand des deutschen Vereins zur Pflege ꝛc. in einem besonderen Schreiben seinen Dank für die übersandten 10,000 Mark ausgesprochen.

Eine Verfügung des Generalpostmeisters weist die Verkehrsanstalten und Bezirksoberpostkassen an, am 31. Oktober festzustellen, welche Beträge an Reichsgoldmünzen und von Ein-Thalerstücken unter den Geldbeständen an dem genannten Tage vorhanden gewesen sind.

Der vortragende Rath im Staatsministerium, Geh. Regierungsrath Bosse, ist an Stelle des in Ruhestand versetzten Geheimraths Zitelmann zum Mitglied der statistischen Zentralkommission berufen worden.

Die Bevölkerung des preußischen Staats läßt sich für den Beginn des Jahres 1878, abgesehen von den Veränderungen, die durch Aus- und Einwanderung entstanden sind, auf 13,084,953 männliche und 13,460,104 weibliche Personen schätzen.

Nach dem unter Aufsicht des englischen Handelsamts im Customhouse zu London bearbeiteten monatlichen Accounts relating to trade and navigation of the united kingdom betrug die Einfuhr von Roherzeugnissen und Fabrikaten vom englischen Markt nach Deutschland in den ersten 8 Monaten d. J. nach dem Werth berechnet und mit der Einfuhr des gleichen Zeitraums im Vorjahre verglichen, ein Bedeutendes mehr bei folgenden Artikeln: Kupfer, roh in Blöcken, Eisenbahnschienen, Reifeisen, Dampf- und anderen Maschinen, Baumwollengarn, Seiden- und halbseidenen Waaren, Wollengarn und wollenen Tüchern. Das Plus beläuft sich bei sämmtlichen Artikeln auf 28 Millionen Mark. Ein Minus hat sich nur bei Thon- und Porzellanwaaren und bei Kammwollengarn ergeben.

Berlin, 14. Oktober. Der „Berl. B.-C." bemerkt zu der heutigen Reichstagssitzung: Wenn es eine Billet-Agiotage im Reichstag gäbe, wie vor unseren Theatern, so würde man gestern wahrscheinlich bereits vor Sitzungs-Beginn die Billets zu halben Kassenpreisen ausgeboten haben. Der Andrang zu den Tribünen, der in den ersten Tagen ein so enormer war, hat aufgehört, das Gedränge auf der Straße, das an den ersten „großen Sitzungen" herrschte, besteht nicht mehr, der Reichstag hat seine Alltags-Physiognomie zurückgewonnen. Freilich wird das vermuthlich nicht mehr lange dauern. Die dritte Lesung des Gesetzes wird von Neuem eine ungeheuere „Zugkraft" ausüben. Vor allen Dingen wird dann auch wieder der „erste Held" auf der Bühne erscheinen, der sich seit dem ersten Tage fast ganz, seit dem zweiten vollständig hinter den Coulissen gehalten hat. Inzwischen muß sich der Reichstag mit „zweiten Kräften" begnügen. Der Minister Eulenburg hat gestern wieder gesprochen — allerdings, man merkt es ihm an, daß er es eines Tages wohl dazu bringen wird, eine „erste Kraft" zu werden und daß er vermuthlich noch manche große Rolle durchzuführen haben wird auf der Schaubühne unserer Politik. Je mehr der Reichstag den Minister Eulenburg kennen lernt, je mehr sieht er ein, daß er jedenfalls da einen Mann von außerordentlicher Begabung, von großen Fähigkeiten vor sich hat.

Ausland.

London, 13. Oktober. Der „Standard" meldet aus Simla von gestern: In Peschawur ist ein aus Kabul vom 6. d. M. datirtes Schreiben des eingeborenen Abgesandten eingelangt, den der Vicekönig nach Afghanistan entsendet hatte; das Schreiben besagt, der Gesandte habe Erlaubniß erhalten, Kabul zu verlassen und werde eine Antwort des Emirs auf das Schreiben des Vicekönigs Lord Lytton überbringen. Der Inhalt der Antwort des Emirs sei ihm nicht bekannt.

Petersburg, 13. Oktober. Hierselbst waren dieser Tage durch das Blatt „Telegraph" Gerüchte über den Plan verbreitet, das Tabaksmonopol in Rußland einzuführen. Die Presse hatte bereits sich dieser Frage bemächtigt, doch ohne Glauben an die Berechtigung der Gerüchte. Heute meldet uns der „Herold":

„Die umlaufenden Gerüchte über die projektirte Einführung des Tabaksmonopols bestätigen sich. Von gut unterrichteter Seite geht uns die Nachricht zu, daß die am 1. Oktober erfolgende Abreise des Finanzministers, General-Adjutanten Greigh', nach Paris direkt mit erwähntem Projekt im Zusammenhang steht."

Provinzielles.

Stettin, 15. Okt. Der pommerschen ökonoꝛ ßchen Gesellschaft war früher von der Staatserung eine jährliche Unterstützung von 3000 M. zum Ende 1879 zur Verbesserung der Viehꝛ t bewilligt. Auf eine Petition des Haupt-Dioriums der Gesellschaft hat der Provinzial-Landꝛ nun beschlossen, für die nächste Etatsperiode derum 3000 M. ohne Beschränkung auf einen immten Verwendungszweck aus Provinzialmitteln geben. — Dagegen ist vom Landtage in seiner rigen Sitzung die Petition des Vorstandes des stalozzi-Vereins für die Provinz Pommern wegen willigung einer laufenden Unterstützung abgelehnt rden.

— Ein Schuldner, welcher zur wahrheitsgeßen Angabe seines Vermögens durch den Mafestationseid verpflichtet wird, ist nach em Erkenntniß des Obertribunals vom 18. Sepnber auch zur Angabe seiner noch nicht fälligen er unsicheren Forderungen verpflichtet. Verschweigt : Schuldner diese Forderungen, in der irrthümhen Meinung, dazu berechtigt zu sein, so macht sich dadurch eines fahrlässigen Meineides schuldig.

— Dem Schafmeister Daniel Stange zu ackitt, Pyritzer Kreises, ist das Allgemeine Ehrenchen verliehen.

— In Stolp wurde vom Schwurgericht r ehemalige Direktor der Lauenburger Credit-Gesllschaft, Otto Schmalz, zu 2 Jahren Gefängß verurtheilt, weil er die Wittwe Stein in uenburg zu den von ihr zugestandenen Wechselfschungen, die sie in rechtswidriger Absicht vorgeommen, veranlaßt hat.

— In der Woche vom 6. bis 13. Oktober sd hierselbst 10 männliche und 14 weibliche, in umma 24 Personen polizeilich als verstorben angemeldet, darunter 12 Kinder unter 5 und 5 ersonen über 50 Jahren.

— Seit einigen Tagen treibt sich hierselbst ein nges Frauenzimmer herum, welches Familien besicht und angeblich Mädchen zum Visitenkartendrucken ggen tägliche Vergütigung von Mk. 1,50 engagiren ill. Diese Gelegenheit benutzt sie dann zu Diebsählen. Wir wollen hiermit vor dieser Schwindlrin, welche sich gewöhnlich Frau Schwarz nennt, varnen.

— Morgen, Mittwoch Nachmittag, findet die este Quartett-Soirée der Herren Knoop, Höhne, Kunde und Krabbe in Wolff's Saal statt, und wollen wir unser musikliebendes Publikum auch an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam machen.

— Am 12. d. Mts. wurden aus einer Wohnung Pelzerstraße 14 zwei goldene Ringe und verschiedene Kleidungsstücke im Gesammtwerthe von Mk. 52,50 gestohlen.

— Am Sonnabend, den 12. d. Mts., Abends 1/4 8 Uhr, wurde der unverehel. Ulrike Stöwahse aus Prenzlau auf dem Centralbureau aus der Tasche ein Portemonnaie mit M. 40,50 gestohlen.

— In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. wurde eine in einer isolirten Holzbaracke belegene Küche vor dem Ziegenthor Nr. 15 mittelst Nachschlüssel geöffnet und daraus verschiedene Werthgegenstände gestohlen.

— In verflossener Nacht wurden die Feldmesser Schönlein und Zastrow von den Zimmergesellen Aug. Christ. Friedrich Krüger aus Kreckow, Christ. Friedr. Gust. Rohloff, Herm. Gräser und dem Maurergesellen Christ. Friedrich Joh. Lehmann in den Anlagen gegenüber dem Victoriatheater ohne jede Veranlassung überfallen und gemißhandelt. Einer der Exzedenten machte dabei von einem Messer Gebrauch und versetzte jedem der Feldmesser einen Stich in den Kopf.

Vermischtes.

— Ein Scherz aus dem Reichstags-Foyer, den die Konservativen gemacht haben — man sieht, daß auch sie manchmal witzig sein können. Wie glauben unsere Leser, daß die Konservativen Herrn Sonnemann getauft haben? — Den Abgeordneten von — Frankreich am Main. . . .

— Der neueste „Wiener Figaro" enthält folgendes Zwiegespräch: „Na, was sagen Sie denn zu den österreichischen Heerführern in Bosnien?" — „Gegen die Heerführer hätte ich eigentlich nichts einzuwenden; aber die Einführer hätten wir lieber gar nicht haben sollen."

Handelsbericht.

Berlin, 14. Oktober. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Das Geschäft in Butter hat sich seit vergangener Woche nur wenig verändert. Für den Export ist allerdings ein regerer Bedarf in feinsten frischen Marken eingetreten, welche demnach auch im Preise bedeutend anzogen, — im Allgemeinen hat sich aber der Konsum eher verringert und die außergewöhnlich großen Quantitäten von Obst und Pflaumenmus beeinträchtigen sehr den Verkauf von Faßbutter. Für frische Mittelwaare herrscht noch immer gute Frage, doch werden die hohen Forderungen der Produzenten nur schwer bewilligt. Mit geringer Butter sammeln sich die Läger immer mehr an, ohne daß sich die Aussichten auf größeren Absatz darin gebessert hätten.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 115—125 M., Mittelwaare 110 M., feinste Guts- und Pächterbutter 105—110 M., ostfriesische 104—110 M., pommersche 80—95 M., Litthauer 85—95 M., Elbinger 90—95 M., hessische 95 M, baierische 78 bis 88 M., schlesische 76—92 M., mährische 45—58 M., galizische frische 55—63 Mark per 50 Kilo franko hier.

Waren an letzter Eierbörse Bestände noch immer sehr knapp, so läßt sich andererseits nicht verkennen, daß durch das rapide Steigen der Preise der Konsum merklich zurückgegangen, und es konnte demnach der Nachfrage genügend begegnet werden. In den Produktionsländern sind Preise noch anhaltend im Steigen. Hiesige Notiz Mk. 3,20 per Schock. Bei verschwindend kleinen Zufuhren stieg der Preis auf M. 3,40 per Schock.

Detailpreis Mark 3,55 bis Mark 3,60 per Schock.

Durchgang nach hier 179 Fässer, 167 Kisten, nach Hamburg 28 Fässer, 1814 Kisten.

Viehmarkt.

Berlin, 14. Oktober. Es standen zum Verkauf: 2175 Rinder, 8199 Schweine, 854 Kälber, 9049 Hammel.

Für Rinder verlief das Geschäft um nichts besser als in der Vorwoche; die Exporteure, die ihren beschränkten Bedarf jetzt zum großen Theil mit holsteinischem Weidevieh decken, fehlten fast ganz und die hiesigen Wochenmärkte leiden schon lange unter dem Druck der Zeit. — Prima erhielt 57—60, Sekunda 45—48, Tertia 38—41 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Nicht günstiger verlief der Markt für Schweine, bei denen außerdem der starke Auftrieb störend wirkte. Beste Mecklenburger 49—50, beste Pommern 47—48, Sekunda-Pommern 44—45, Russen 43—45 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Bakuner 48—51 Mark bei 40 bis 45 Pfund Thara.

Kälber wurden schnell geräumt und erhielten je nach Qualität die hohen Preise von 50—65 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Bei Hammeln wurde zwar angefleischtes und mageres Vieh seitens der Besitzer von Brauereien und Fabriken einigermaßen begehrt, doch überwog auch hier der Auftrieb den Bedarf und die Preise kamen bei schleppendem Geschäft nicht über 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht hinaus.

Telegraphische Depeschen.

Kiel, 14. Oktober. Se. königliche Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen ist heute Mittag hier eingetroffen und hat sich sofort auf die Korvette „Prinz Adalbert" begeben, welche heute Nachmittag 4 Uhr den Hafen verläßt. Der Prinz, welcher seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, auf die Rhede begleitet, kehrt am Abend mit dem Dampfer „Notus" hierher zurück und wird hier übernachten.

Posen, 14. Oktober. Der im Jahre 1821 gegründete landschaftliche Kreditverein für das Großherzogthum Posen wurde heute von dem Oberpräsidenten Günther, als königlichem Kommissär, nach Abwickelung sämmtlicher Geschäfte aufgelöst.

Dresden, 14. Oktober. Der hier tagende deutsche Arbeiterkongreß nahm bei der Berathung über „die Verwendung der Wilhelmsspende und die freien Hülfskassen" folgende Resolution an: 1) Der zweite deutsche Arbeiterkongreß erklärt sich mit Entschiedenheit gegen die Einführung von Zwangskassen und empfiehlt die Förderung der bereits bestehenden freien Kassen, so wie eventuell die Gründung von neuen freien Kassen in allen Kreisen der Gesellschaft. 2) Der zweite deutsche Arbeiterkongreß ersucht das Reichskanzleramt, in geeigneter Weise statistisches Material zu sammeln, um daraus die technischen Unterlagen zu einem Normativgesetz für Arbeiter-Invalidenkassen zu gewinnen.

Die Verhandlungen, welche heute einen ruhigen Verlauf zeigten, werden heute Abend geschlossen werden.

Wien, 14. Oktober. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen aus Konstantinopel von heute:

In der Sitzung der Kommission für Ostrumelien vom 12. d. verlangte der russische Kommissar, die Pforte möge der Kommission die Entwürfe der Reglements mittheilen, die sie in Gemäßheit des Berliner Vertrages in den übrigen Provinzen der europäischen Türkei anzuwenden gedenke. Der türkische Kommissar lehnte dies Verlangen jedoch ab.

Der Fürst von Montenegro soll erklärt haben, er würde die türkischen Kriegs-Gefangenen erst nach Durchführung der Montenegro betreffenden Stipulationen des Berliner Vertrages freilassen.

Rumänien verlangt von der Pforte vor der Auslieferung der Kriegsgefangenen Ersatz für die Erhaltungskosten derselben eventuell die Uebergabe des Kriegsmaterials von Widdin als Gegenleistung.

Die Kommission für die Repatriirung der Flüchtlinge ist wieder in Aktion getreten.

Aus Bukarest, 13. d.: Gestern begannen die russischen Behörden die Uebernahme der Verwaltung Bessarabiens.

Agram, 7. Oktober. In der heutigen Sitzung des Landtages gelangte der Adreßentwurf zur Berathung. Der Banus Mazuranic sprach sich im Laufe der Debatte gegen das in die Adresse aufgenommene zukünftige Programm betreffs des Anschlusses Bosniens an Kroatien aus. Der Sektionschef Zivkovic sprach eindringlich gegen die dalmatinischen und Fiumaner Forderungen. Die Adresse wurde schließlich in der Generaldebatte mit allen gegen 7 Stimmen angenommen.

Belgrad, 14. Oktober. Die Demission des Ministeriums Stewtscha ist erst heute erfolgt, das neue Ministerium ist konstituirt, wie folgt: Ristics, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Matic Justiz, Alimpic Arbeiten, Mischkovic Krieg. Der bisherige Finanzminister Jovanovic und der Unterrichtsminister Wassilievic verbleiben auf ihren Posten.